

Antrag: B 10 – BeKo 2004

Bildung für alle!

Die Jusos Hessen-Süd sprechen sich gegen die Einführung jeder Art von Studiengebühren sowie die Etablierung von „Eliteuniversitäten“ aus.

Unserer Meinung nach ist die Bildung von Bürgerinnen und Bürgern eine der zentralsten Aufgaben des Staates. Von Bildung ist abhängig, wie sich ein Mensch entfalten kann, welchen Beruf er ausüben kann und wie sein finanzielles Auskommen sein wird. Die Freiheit des Individuums kann nur durch Freiheit von materiellen Zwängen und durch Bildung zum selbstdenkenden Menschen sichergestellt werden.

Dieses Ideal wird im deutschen Bildungswesen nicht erfüllt bzw. es erfüllt sich nur für Wenige. Durch zu schnelle und starke Selektion in den Schulen gibt es in Deutschland, verglichen mit anderen EU-Staaten, überdurchschnittlich viele SchülerInnen, die ohne Schulabschluss von der Schule gehen und auch weniger SchülerInnen, die mit einem hochschulqualifizierenden Schulabschluss die Schule verlassen. Dies führt auch dazu, dass mit ca. 35% die Quote der StudienanfängerInnen in einem Jahrgang deutlich unter dem europäischen Durchschnitt liegt. Zudem ist signifikant, dass etwa 70% aller Kinder aus Akademikerfamilien, aber nur 30% aller Kinder aus einkommensschwächeren Familien eine Hochschulausbildung beginnen. Daraus ersieht sich, dass das deutsche Bildungssystem klar nach Einkommen und sozialer Herkunft der Kinder selektiert. Kinder gleicher Intelligenz und Begabung haben andere Chancen auf ein Abitur und folglich auf die Hochschulzugangsberechtigung. Die Jusos Wetterau sind der Überzeugung, dass es nicht nur eine Chancengleichheit für Kinder verschiedener sozialer Schichten geben muss, sondern dass sozial und finanziell benachteiligte Kinder besser gefördert werden müssen.

Studiengebühren passen unserer Überzeugung nach nicht in eine sozialdemokratische Bildungspolitik. Der Staat als Gemeinwesen muss die Bildung der BürgerInnen übernehmen. Zudem werden Studiengebühren, egal ob sie nach dem Studienabschluss erstattet, sozial gestaffelt oder erst im Berufsleben beglichen werden müssen, sozial und finanziell schlechter gestellte Jugendliche abschrecken und insgesamt zu einer Abnahme an Menschen mit Hochschulabschluss führen.

Durch die Mittelkürzungen an Hochschulen, trotz (endlich) wachsender Studierendenzahlen, sehen wir den Bildungsstandard in Deutschland in Gefahr. Wenn einerseits mit immer weniger Geld immer mehr Studierende durch die Hochschulen geschleust werden sollen, dann mutet andererseits das „Konzept“ der Bundesregierung zu Eliteuniversitäten recht merkwürdig an. Falls die Finanzierung der Eliteunis aus dem allgemeinen Hochschulbudget kommen sollte, sind Eliteunis schon aus der Erwägung abzulehnen, dass der finanzielle Standard an anderen Universitäten nicht noch weiter gesenkt werden darf.

Wir Jusos halten aber auch nichts von einer Bildungselite, die nach sozialen Kriterien selektiert wird! Wer bestimmt, welche Personen auf eine normale Uni gehen müssen und wer auf eine Eliteuni gehen darf? Worin unterscheiden sich Eliteunis und die dort erworbenen Abschlüsse von der Normal-Uni? Eine Stellung der Eliteunis wie in

Frankreich, wo sich beinahe die komplette politische und wirtschaftliche Führungsschicht aus Eliteunis rekrutiert bzw. der Besuch einer solchen Eliteuni faktisch Voraussetzung für den Aufstieg in gesellschaftliche Führungspositionen ist, lehnen wir ab. Wir sind gegen die Zwei-Klassen-Universitätslandschaft. Zudem ist klar, dass bei den Studierenden an Eliteunis gerade wieder Menschen aus sozial schwachem Milieu stark unterrepräsentiert sein werden. Dieses Konzept treibt die Spaltung der Gesellschaft voran!

Eliteunis sollen zudem besonders gefördert werden, wenn/damit sie Spitzenleistungen auf ihrem Gebiet erzielen können. Bedenklich stimmt hier, dass offensichtlich Gelder an staatliche Universitäten vergeben werden, die lediglich am wirtschaftlichen Nutzen ihrer Forschung gemessen werden sollen. Dies kann nicht sein! Eliteunis wird es auch schon deshalb nicht geben, weil eine Universität nicht immer in allen Fachbereichen Spitze sein kann. Es steht daher zu befürchten, dass musische und geisteswissenschaftliche Fächer, die nicht genügend wirtschaftlich verwertbar sind, nicht mit den gleichen Mitteln gefördert werden wie naturwissenschaftliche oder wirtschaftswissenschaftliche Fächer. Wir wollen weder, dass sich manche Fachbereiche, noch dass sich Studierende für ihre musischen und geisteswissenschaftlichen Fächer aus finanziellen Gründen rechtfertigen müssen. Die Freiheit der Berufswahl und der Forschung müssen an der Hochschule gewahrt werden – auch finanziell.

Man sollte am Abschluss der Kinder nicht sehen, wie viel Geld ihre Eltern hatten. Die Jusos sind für eine gerechte Bildungspolitik. „Bildung für alle“ sollte wieder ein Wahlspruch für sozialdemokratische Bildungspolitik sein.